

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P/XXIII/183

Bonn, den 26. September 1968

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite Zeilen

1 - 1a Es geht um die Verstärkung der kommunalen Finanzmasse 91

Zu den bevorstehenden Beratungen der Gemeindefinanzreform

Von Dr. Alex Möller,

Erster stellv. Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion

2 Hans Jürgen Wischnewski 21

Eine große Leistung in kurzer Zeit

2 Vor hundert Jahren... 21

"Erster Allgemeiner Deutscher Arbeiterkongress" am 27. September 1868

3 - 4 Bürgermeister mit Hilfe der NPD? 62

In Niedersachsen blickt man schon jetzt besorgt
auf die Nach-Kommunalwahlzeit

5 Wer gewinnt die Zukunft? 41

Bei der Zahl der Studierenden liegt die Bundesrepublik
unter dem Europa-Durchschnitt

FRAU UND GESELLSCHAFT bringt heute:

IFJ will für besseren Kulturaustausch sorgen

- Interview mit der SPD-Bundestagsabgeordneten Hedwig Meermann -

Zentralkonferenz der schweizer SPD-Frauen

20 Jahre Deutscher Landfrauenbund

Strafvollzug unter der Lupe

3. Weltfrauenkonferenz über Probleme der berufstätigen Frau

Es geht um die Verstärkung der kommunalen Finanzmasse

Zu den bevorstehenden Beratungen der Gemeindefinanzreform

Von Dr. Alex Möller,

Erster stellv. Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion

In der Woche vom 30.9. bis 4.10.1968 werden sich der Finanzausschuß und der Rechtsausschuß des Deutschen Bundestages in einer Klauertagung mit dem Entwurf des Finanzreformgesetzes, den die Bundesregierung im Frühjahr dieses Jahres vorgelegt hat, beschäftigen. Eine besondere Rolle wird im Verlaufe dieser Beratungen die Gemeindefinanzreform spielen. Die sozialdemokratische Bundestagsfraktion hat wiederholt auf die Bedeutung dieses Teils des Reformwerkes hingewiesen und betont, daß es eine Finanzreform ohne eine damit verbundene befriedigende kommunale Finanzreform nicht geben kann. Der Nürnberger Parteitag der SPD hat einmütig diese Haltung gebilligt. Die bevorstehenden Beratungen in den Ausschüssen des Bundestages geben Anlaß, die sozialdemokratische Position zu dieser Frage noch einmal deutlich zu machen.

Offenbar muß heute in Erinnerung gerufen werden, daß die Notwendigkeit einer spürbaren Erhöhung der kommunalen Finanzmasse ein wesentlicher Ausgangspunkt der Finanzreform gewesen ist. Diese Aufgabe muß jetzt gelöst werden. Wie schwierig sie ist, hat sich nicht zuletzt bei der mittelfristigen Finanzplanung des Bundes gezeigt, in der bisher nur ein zusätzlicher Betrag von 250 Millionen DM ab 1970 vorgesehen wurde. In dieser Situation - bevor also eine befriedigende Mehrausstattung gesichert ist - kann man eine Gemeindefinanzreform nicht damit beginnen, daß man die Gemeinden um einen Teil ihrer Finanzkraft bringt, indem sie eine bestimmte Quote ihres Gewerbesteueraufkommens an Bund und Länder abzuführen haben und dafür eine in ihren Auswirkungen für die Gemeinden noch nicht voll überschaubare Beteiligung an der Einkommensteuer erhalten, wie es die Regierungsvorlage vorsieht. Darüber hinaus schlägt die Bundesregierung vor, schon im Gemeindefinanzreformgesetz, das noch in dieser Legislaturperiode verabschiedet werden soll, eine Gewerbesteuersenkung für das Jahr 1972 festzulegen, während die Entscheidung über den Ausgleich dieses Einnahmeausfalls auf später verschoben werden soll. "Die Entscheidung über den Ausgleich", so schreibt die Bundesregierung in der Begründung (Ziffer 229), "mußte zurückgestellt werden, um die Entwicklung des Aufkommens der Mehrwertsteuer und den Fortgang ihrer Harmonisierung in der EWG abzuwarten und um den Ausgleich im Rahmen einer umfassenderen Steuerreform vornehmen zu können, die in dieser Legislaturperiode nicht mehr in Angriff genommen werden soll."

Bereits bei der Ersten Lesung des Finanzreformgesetzes im Deutschen Bundestag am 8. Mai d.J. habe ich ausgeführt, daß es nicht

Aufgabe der Finanzreform sein kann, eine Gewerbesteuerumlage einzuführen, die in ihrer Zielrichtung darauf angelegt ist, nach einer Übergangszeit von zwei Jahren eine entsprechende Gewerbesteuer-senkung zu erreichen. Dabei macht es keinen großen Unterschied, ob man an einen Satz von 40 v.H., wie von der Bundesregierung vorgesehen, oder von 30 v.H., wie der Bundesrat angeregt hat, denkt. Diese Vorschläge lassen die vorrangige Aufgabe der Verstärkung der kommunalen Finanzmasse völlig außer acht.

Eine Gewerbesteuer-senkung kann nur, und auch das ist von sozialdemokratischer Seite wiederholt festgestellt worden, im Rahmen einer allgemeinen Steuerreform diskutiert werden. Bei einer Gewerbesteuer-senkung, die - wie es die Regierungsvorlage vorsieht - im Jahre 1972 zu Einnahmeausfällen von mehr als 5 Milliarden DM führen würde, ergibt sich die Notwendigkeit, diese Deckungslücke durch andere Steuern zu schließen. Nach Lage der Dinge könnte dies nur durch Erhöhung der großen Steuern - Mehrwertsteuer und Einkommen- und Körperschaftsteuer - geschehen. In der in diesen Tagen von der Bundesregierung vorgelegten mittelfristigen Finanzplanung für die Jahre 1968 - 1972 wird außerdem darauf hingewiesen, daß wegen des Auslaufens der Heizölsteuer und der Steuer auf den Selbstverbrauch (sog. Investitionssteuer) ab 1971 möglicherweise ohnehin Einnahmeverbesserungen erforderlich sind, wenn die in der Finanzplanung niedergelegten Zielsetzungen realisiert werden sollen. Diese Situation ist unabhängig von den zu ersetzenden Gewerbesteuerausfällen, die bei Realisierung der Regierungsvorlage eintreten würden, schon schwierig genug und sollte nicht noch überflüssigerweise dadurch verschärft werden, daß im Rahmen der Finanzreform eine Gewerbesteuer-senkung vorbereitet wird. Wenn aber im Rahmen der Finanzreform keine Vorentscheidung über die Gewerbesteuer getroffen werden kann, verliert auch die vorgesehene Gewerbesteuerumlage ihren Sinn.

Ebensowenig Überzeugend zur Begründung einer Senkung der Gewerbesteuer ist das Argument der Steuerharmonisierung im Gemeinsamen Markt. Die Harmonisierung bei den direkten Steuern ist, was die Gewerbesteuer angeht, heute auch in Umrissen noch nicht abzusehen. Von besonderem Interesse dürfte in diesem Zusammenhang die Tatsache sein, daß in Frankreich im Zuge der Sanierungsmaßnahmen des französischen Haushalte eine Kapitalsteuer beschlossen worden ist. Frankreich hat damit eine Steuer eingeführt, die, wenn sie zunächst auch auf eine zeitliche Begrenzung angelegt ist, in ihrer Konstruktion der Gewerbesteuer in der Bundesrepublik entspricht und sich auf das deutsche System zubewegt. Spätestens seit diesem Zeitpunkt ist eine Argumentation mit den Notwendigkeiten der Harmonisierung der direkten Steuern im Gemeinsamen Markt zur Begründung einer Gewerbesteuer-senkung nicht mehr Überzeugend.

Die sozialdemokratische Vorstellung zur Gemeindefinanzreform in dieser Hinsicht geht also dahin, die Gewerbesteuer bis zu einer Steuerreform unverändert zu lassen, d.h. sowohl auf eine Gewerbesteuerumlage als auch auf eine Regelung der Steuersenkung ab 1972 bereits im Gemeindefinanzreformgesetz zu verzichten. Eine Beteiligung der Gemeinden an der Einkommensteuer, der die gesamte Einkommensteuer zugrundegelegt werden sollte, dient dann in der ersten Phase wirklich der Verstärkung der kommunalen Finanzmasse.

Hans Jürgen Wischnewski

Eine große Leistung in kurzer Zeit

sp - Wenn MdB Hans Jürgen Wischnewski jetzt sein Amt als Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit niederlegt, um sich ganz der Arbeit für die Sozialdemokratische Partei widmen zu können, wird ihm überall bescheinigt werden, daß er in den 20 Monaten seiner Tätigkeit als Bundesminister eine hervorragende Leistung vollbracht hat. Ihm ist es zu verdanken, daß die deutsche Hilfe für die Entwicklungsländer aus dem Zwielicht der Gefälligkeitspolitik herausgekommen ist und daß heute der denkende Bundesbürger weiß, wie wichtig der Beistand unseres hochindustriellen Landes für die Modernisierung der Entwicklungsländer ist. Wischnewski hat auch dafür gesorgt, daß im Bewußtsein der Menschen unseres Landes die Entwicklungshilfe als ein wirtschaftspolitisches Instrument anerkannt wird, das auch uns wieder zugute kommt und zur Erhaltung der Arbeitsplätze bei uns selbst beiträgt, wenn in einem System weltweiter Partnerschaft das Vertrauen früherer Kolonialvölker zu den europäischen Nationen ständig wachsen kann. Auf diese Weise erreichte Wischnewski durch seine Tätigkeit als Bundesminister eines so schwierigen Ressorts, daß die Bundesrepublik Deutschland neue Freunde erwerben konnte. Wir sind gewiß, daß Wischnewskis Leistung allgemein anerkannt wird.

+ + +

Vor hundert Jahren...

"Erster Allgemeiner deutscher Arbeiterkongreß"

am 27. September 1968 in Berlin

sp - Der Sozialdemokrat Jean Baptist von Schweitzer, erließ vor hundert Jahren einen Aufruf an die Arbeiter Deutschlands zur Einberufung eines allgemeinen deutschen Arbeiterkongresses. 205 Delegierte aus 56 Berufszweigen folgten dem Aufruf und schlossen sich am 27. September 1968 zum "Allgemeinen deutschen Arbeiterschaftsverband" zusammen. Aus dieser Keinzelle ist gegen alle Widerstände die große freie deutsche Gewerkschaftsbewegung entstanden, die heute im DGB über sechs Millionen organisierte Arbeitnehmer repräsentiert. Weder Weltkriege, noch die Hitlerdiktatur konnten diese Entwicklung aufhalten. Längst sind die Gewerkschaften zu einem entscheidenden und wichtigen Bestandteil unseres demokratischen Lebens geworden. Wer heute ihre Substanz vermindern will, unterhöhlt das Fundament unseres demokratischen Staates. Nach dem Zweiten Weltkrieg verdanken wir es der umsichtigen Haltung der Gewerkschaften, daß die deutsche Wirtschaft heute stabil und leistungsfähig ist. Gesellschaftspolitisch sind die Gewerkschaften ein stets vorwärtsdrängendes Element, ohne dessen Wirksamkeit die deutsche Demokratie nicht mehr denkbar wäre. Eine großartige Leistung, auf die unsere organisierten Arbeitnehmer stolz sein können!

+ + +

Bürgermeister mit Hilfe der NPD?

In Niedersachsen blickt man schon jetzt besorgt
auf die Nach-Kommunalwahlzeit

W.L. - Zum sechsten Male werden am kommenden Sonntag in Niedersachsen die kommunalen Parlamente von 60 Landkreisen, 15 kreisfreien Städten und 3.880 kreisangehörigen Städten und Gemeinden gewählt. Rund 36.700 Gemeinde- und Stadträte sowie Kreistagsabgeordnete haben die 4,76 Millionen Wahlberechtigten, unter ihnen 107.000 Jungwähler, zu wählen. Die größte Anzahl der Kandidaten stellt dabei die Sozialdemokratische Partei mit rund 22.500, gefolgt von CDU (17.300), FDP (5.700) und NPD (2.700). Außerdem kandidieren mehr als 32.000 Mitglieder von kleineren Parteien und Wählergruppen.

Der relativ kurze Wahlkampf, der vor allem durch die Auseinandersetzung mit der NPD gekennzeichnet war, hat nicht nur in der Bundesrepublik, sondern in weiten Teilen der Welt traurige Berühmtheit erlangt. Zum ersten Mal in der Geschichte der Bundesrepublik haben CDU und FDP mit der NPD gemeinsame Sache gemacht. In einigen kleineren Gemeinden gingen sie mit dieser rechtsradikalen Partei Listenverbindungen ein. Die Tatsache, daß auch zwei Mitglieder der Sozialdemokratischen Partei auf einer Liste mit Mitgliedern der NPD kandidieren, ist von der Führung der SPD unnachsichtig verurteilt worden. Entsprechende Maßnahmen gegen diese Mitglieder sind sichergestellt. Dagegen brachte es das Parteigericht der CDU in Niedersachsen fertig, CDU-Mitglieder, die mit der NPD eine Listenverbindung eingegangen waren, nicht aus der Partei auszuschließen. Das Bundesparteigericht der CDU wird diesen Fall sicherlich nicht mehr vor den Kommunalwahlen in Niedersachsen verhandeln - aus guten Gründen, wie zu befürchten ist.

Die Listenverbindungen von CDU und FDP mit der NPD für die Kommunalwahlen in einigen kleineren Gemeinden könnte nämlich nur

- ein vergleichsweise harmloses - Vorspiel gewesen sein für eine Serie von Bündnissen der drei Parteien nach den Kommunalwahlen, wenn es um die Besetzung der Bürgermeister- und Landratsposten geht - Bündnisse, die sich dann gegen die SPD richten.

Typisch für die Stimmung in manchen Orten und Kreisen in Niedersachsen ist nämlich das Verhalten eines Landrates, der von der CDU gestellt wird, und vor allem dem niedersächsischen CDU-Parteigericht als Verteidiger der CDU-Mitglieder von Dorfmark auftrat, die mit der NPD gemeinsame Sache machen. Der Landrat bezog dabei offensichtlich bereits einige NPD-Mitglieder in seinem Kreistag in seine Mehrheitsrechnung für seine eigene Wiederwahl ein. Der Spruch des Parteigerichts, das den CDU-Mitgliedern bescheinigte, sich nicht parteischädigend verhalten zu haben, dürfte die Bürgerblock-Stimmung in weiten Kreisen der CDU in Niedersachsen richtig wiedergegeben haben.

Mit Besorgnis wartet man daher auf die Zeit der "Koalitionsverhandlungen" in den Kreisen und Gemeinden nach den Wahlen. Mancherorts werden dann vielleicht mögliche NPD-Stimmen gerade recht sein, um Bürgermeister- und Landratsposten gegen die stärkste Partei, die SPD, mit einem CDU-Kandidaten zu besetzen. Typisch dafür mögen die übereinstimmenden Wahlparolen von CDU und NPD in der Landeshauptstadt Hannover sein: "Brecht die absolute Mehrheit der SPD"! Ob solche Koalitionen dabei "offen" oder "versteckt" abgeschlossen werden, ist dabei eine zweitrangige Frage.

Die Kommunalwahlen, die von allen Parteien übereinstimmend nicht als Testwahlen für die Bundestagswahlen angesehen werden, weil einfach zu viele lokale Besonderheiten eine Rolle spielen, könnten jedoch über gewisse Grundstimmungen in der Bevölkerung Auskunft geben. Interessant wird aber auf alle Fälle sein, ob sich nach den Wahlen wieder ein antiquiertes Bürgerblockdenken breitmacht. Es darf in diesem Zusammenhang jedoch daran erinnert werden, daß in Niedersachsen bereits einmal eine Landesregierung auseinanderbrach, weil damals die FDP mit Abgeordneten der rechtsradikalen Deutschen Reichs-Partei eine gemeinsame Landtagsfraktion bildete. Nicht umsonst wies Ministerpräsident Dr. Georg Diederichs (SPD) in seinem Protestbrief an Kultusminister Langeheine (CDU) vor einigen Wochen auf diese Tatsache hin.

Wer gewinnt die Zukunft?

Bei der Zahl der Studierenden liegt die Bundesrepublik
unter dem Europa-Durchschnitt

sp - Innerhalb von fünf Jahren hat sich die Zahl der Studenten in Frankreich um 121 Prozent erhöht. Im gleichen Zeitraum erhöhte sie sich in der Bundesrepublik Deutschland um nur 21 Prozent. Belgien vermehrte die Zahl seiner Studenten um 53 Prozent, Italien um 48 Prozent und Holland um 64 Prozent. Luxemburgs Jugend studiert vorwiegend in den umliegenden europäischen Ländern und kann deshalb zum Vergleich nicht herangezogen werden. Diese alarmierenden Zahlen hat dieser Tage der Presse- und Informationsdienst der Europäischen Gemeinschaften veröffentlicht.

Alle Staaten der Europäischen Gemeinschaft bemühen sich natürlich, die Ausbildung qualitativ und zahlenmäßig zu verbessern, zumal bekannt ist, daß das Zeitalter der Hilfsarbeiter vorbei ist und die moderne Industriegesellschaft den Konkurrenzkampf auf dem Weltmarkt nur bestehen kann, wenn sie über genügend hochqualifizierte Kräfte verfügt. Bei den Bemühungen der vergangenen fünf Jahre liegt die Bundesrepublik aber mit ihrer Zuwachsrate auf dem letzten Platz in Europa, während Frankreich einsam an der Spitze steht.

Die Steigerungsraten von 1962 bis 1967 geben allerdings nur Auskunft über den Erfolg der Bildungspolitik innerhalb der letzten fünf Jahre. Sie sagen jedoch noch nichts über die absolute Zahl der Studenten in den Staaten der Europäischen Gemeinschaft. Von den 124,5 Millionen Einwohnern in den sechs Ländern der Europäischen Gemeinschaft studierten im Frühjahr 1967 an den Hochschulen und Universitäten 1,4 Millionen. Demnach gab es im europäischen Durchschnitt auf jeweils 100.000 Einwohner 759 Studenten. An französischen Hochschulen und Universitäten studierten 1.028 von 100.000 Einwohnern, in Italien 817, in Belgien 521, in Deutschland 450 und in den Niederlanden 448.

Wenn man bedenkt, daß von den 52 Millionen Italienern noch ein erheblicher Teil, vor allem im Süden des Landes, mit einem sehr geringen Lebensstandard auskommen muß und auch die Grundschulverhältnisse nicht mit Mitteleuropa zu vergleichen sind, dann dürfte die italienische Hochschulpolitik in den vergangenen Jahren wohl die größte Leistung vollbracht haben. Wenn man die Zahl der Studenten in Deutschland und Frankreich miteinander vergleicht, muß man auch bei vorsichtiger Bewertung von einem Alarmsignal sprechen. Die Bundesrepublik ist heute der stärkste Wirtschaftsfaktor in der Europäischen Gemeinschaft. Der zukünftige Wohlstand eines Volkes ist aber hauptsächlich vom Bildungsniveau der nächsten Generation abhängig. Im Wettlauf um das Jahr 2000 ist nach diesen Zahlen Frankreich Favorit. Ob dies auch alle Kultusminister in den elf Bundesländern erkennen? Noch ist es nicht zu spät!